

Keine Verschärfung der Migrationsgesetzgebung – Kein „Menschenrecht light“

Der Messerangriff auf das „Festival der Vielfalt“ am Freitag den 23. 08.2024 in Solingen mit drei Toten und acht zum Teil sehr schwer verletzten Menschen, hat uns alle erschüttert. Islamistische Gewalt greift unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat an. Derzeit versucht die rechtsradikale Partei AfD die Morde für ihre rassistische Hetze zu vereinnahmen. Sie schürt Panik vor Muslim*innen und Geflüchteten mit Slogans wie „Remigration oder Solingen“, „Remigration jetzt“, „Deutschland den Deutschen“, „Ausländer raus“... Jetzt ist es entscheidend, die Instrumentalisierung der Messerangriffe für einschneidende Repressionen zurückzuweisen, gegen die AfD und Co. zu mobilisieren, sowie Moscheen und Geflüchteten-Unterkünfte vor Übergriffen zu schützen.

Wer vor Terror, Gewalt und Verfolgung flieht, braucht Schutz. Zurzeit überbieten sich jedoch einmal mehr solche Stimmen, die ein Ende der Flüchtlingsaufnahme aus Syrien und Afghanistan verlangen. Forderungen nach noch schnelleren Abschiebungen, der Verschärfung der Migrationsgesetzgebung in Deutschland und Europa, der Änderung der Migrationspolitik und flächendeckende Kontrollen an bundesdeutschen Grenzen, wie sie derzeit von CDU/CSU bis hin zu einem Teil der Regierungsparteien verbreitet werden, sind jedenfalls keine Lösung. Sie dienen nicht dem Schutz vor Terror, sondern treffen ausgerechnet diejenigen, die vor Terror, Krieg und Gewalt – auch vor dem IS (Islamischer Staat) – fliehen. Im Gegenteil: Sie stärken autoritäre Strukturen und setzen letztendlich die Grundlagen einer solidarischen Gesellschaft außer Kraft.

Es zeugt von unerträglichem Rassismus, Schutzsuchende aus Syrien und Afghanistan unter einen Pauschalverdacht zu stellen. In Deutschland leben über 1,3 Millionen Geflüchtete aus diesen beiden Herkunftsländern. Asyl ist ein Grundrecht – der Artikel 14 der Allg. Erklärung der Menschenrechte sowie die Charta der Grundrechte der Europäischen Union sind für Deutschland bindend. Das Recht Asyl zu suchen, ist kein Gnadenrecht. Die Parole „Jetzt reicht es“ – und die Vorschläge des CDU-Parteichefs Friedrich Merz sind *eindeutig verfassungswidrig und mit dem EU-Recht unvereinbar. Sie verstoßen zudem gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention, sind zu tiefst unmenschlich und spalten unsere Gesellschaft* (vgl. Erklärung von PRO ASYL, 26.08.2024).

Deutschland ist ein Einwanderungsland und wir leben in einer Migrationsgesellschaft. Migration gab es schon immer und wird es auch in Zukunft geben. Migration zum Problem zu erklären, fördert rechte Ideologie. Nicht Migration ist das Problem, sondern die Zunahme autoritärer und menschenfeindlicher Haltungen. Eine klare Feststellung: „Rechte“ Politik steht für Ausgrenzung und Entrechtung.

Es gibt kein „Menschenrecht light“ – Menschenrechte sind universell, unteilbar und nicht verhandelbar. Denn Menschenrechte verlieren ihre Wertigkeit, wenn sie nicht für alle gleichermaßen gelten. MiSO steht für eine vielfältige, offene, freie, demokratische Gesellschaft, für ein Miteinander und ein friedliches Zusammenleben. MiSO vertraut

dem Rechtsstaat Deutschland und ist bereit die Grundrechte unserer Verfassung zu verteidigen.

ERKLÄRUNG des MiSO-Vorstandes vom 06. September 2024